



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 02/2012
Januar 2012 (2)

Bund steckt viele Millionen in Thüringer Städtebau

Seit der Wende flossen viele Millionen Bundesgelder für den Städtebau nach Erfurt und Weimar. Aktuelle Zahlen zeigen, dass bis Ende 2010 insgesamt rund 90 Mio. € nach Erfurt und 38 Mio. € nach Weimar flossen.

In Erfurt ging der größte Teil im Rahmen des Städtebaulichen Denkmalschutzes in die erweiterte Altstadt und gründerzeitliche Innenstadt (rund 50 Mio. €). Weitere wichtige Posten sind der Um- und Ausbau des ICE-Bahnhofs (knapp 6 Mio. €) und die Förderung des Programmgebiets Soziale Stadt Magdeburger Allee (2 Mio. €).

In Weimar flossen rund 24 Mio. € in die Sanierung und Entwicklung der Altstadt und 6 Mio. € in die Nördliche Innenstadt. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ erhielten die Programmgebiete Schöndorf-Waldstadt und Weimar West knapp 4 Mio. € Fördermittel.

Bundesweit wurden zwischen 1971 und 2011 etwa 6.600 Städte und Gemeinden mit rund 14 Mrd. € Bundesmitteln gefördert. Die Förderungen stoßen rund das 7-fache Volumen an Investitionen an und sichern auf diese Weise Beschäftigung. Von den aus der Städtebauförderung folgenden kleinteiligen kommunalen Investitionen profitieren insbesondere die regionalen Handwerks- und Baugewerbebetriebe und ihre Mitarbeiter.

Kommunen beraten Bundesgesetze mit

Offt beklagen sich die Kommunen, dass Bundesgesetze über ihren Kopf hinweg beschlossen werden. Auch der Erfurter Oberbürgermeister hat wiederholt die finanziellen Auswirkungen von Bundesgesetzen auf die Stadt beklagt. Vor einigen Wochen hat man beim Kinderschutzgesetz wieder gesehen, wie wichtig es ist, dass die Kommunen eingebunden werden. Durch den Bundestagsbeschluss drohten ihnen zunächst erhebliche Mehrkosten bei der Finanzierung der Familienhebammen. Der Protest hat dazu geführt, dass der Bund die Kosten trägt.

Nun werden die Kommunen stärker in den Gesetzgebungsprozess eingebunden. Dadurch können sie ihre Bedenken frühzeitig einbringen und die Kostenfrage klären.



In der Geschäftsordnung des Bundestages wird klargestellt, dass bei Gesetzentwürfen, die die wesentlichen Belange der Kommunen berühren, die kommunalen Spitzenverbände zwingend Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten müssen. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass bei öffentlichen Anhörungen den kommunalen Spitzenverbänden die Gelegenheit zur Teilnahme gegeben wird, ohne dass eine Anrechnung auf die Fraktionskontingente erfolgt.

Untersuchungsausschuss zu Terrorgruppe

Zu einer gründlichen, schnellen und effektiven Aufklärung der Aktivitäten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ wurde in dieser Woche einstimmig die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beschlossen.

Der Untersuchungsausschuss wird aus elf Mitgliedern bestehen, Tankred Schipanski ist einer von ihnen. Die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten wird die Arbeit des Untersuchungsausschusses beschleunigen. Auf der Grundlage der Erkenntnisse soll der Untersuchungsausschuss Empfehlungen für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus aussprechen. Schlussfolgerungen, die aus der Aufarbeitung für die Struktur und Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden, ihre Zusammenarbeit und ihre Befugnisse zu ziehen sind, sollen zügig umgesetzt werden.

2. Finanzmarktstabilisierungsgesetz

Der im Jahr 2012 stark ansteigende Refinanzierungsbedarf mehrerer Mitgliedstaaten, die nachlassende konjunkturelle Entwicklung sowie die verschärften Eigenkapitalanforderungen an die Banken erhöhen erneut das Risiko von Zuspitzungen an den Finanzmärkten. Mit dem jetzt beschlossenen zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz nehmen wir unseren Teil der europäischen Verantwortung wahr und liefern unseren deutschen Beitrag zur Vermeidung von Ansteckungseffekten in der Währungsunion. Die Wiedereröffnung des bewährten Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS bzw. Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – SoFFin) ist bis Ende 2012 befristet.

In der parlamentarischen Anhörung zu dem Gesetz haben die geladenen Experten die Reaktivierung des SoFFin durchweg begrüßt. Sollte aufgrund unerwarteter struktureller Ausgaben des SoFFin die nach der Schuldenbremse zulässige maximale Kreditaufnahme überschritten werden, so muss der Deutsche Bundestag einen Plan zur direkten Tilgung der erhöhten Bundesschuld beschließen.

Hilfe für Demenzkranke und Angehörige

In der vergangenen Woche haben sich die Gesundheitspolitiker auf einen Maßnahmenkatalog verständigt, der zahlreiche Verbesserungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen bringen soll. Für den ambulanten Bereich sieht er ab 2013 Folgendes vor:

Menschen, die an Demenz leiden, ohne in eine Pflegestufe eingeteilt zu sein (Stufe 0), erhalten künftig erstmals Pflegegeld in Höhe von 120 €. Die bisher bereits mögliche Unterstützung von 100 € bzw. 200 € im Monat bleibt davon unberührt. In der Pflegestufe I steigt der von der Pflegeversicherung ausgezahlte Betrag um 70 € und in der Pflegestufe II um 85 €. Deutlich werden auch die Pflegesachleistungen erhöht: Demenzkranke in der Pflegestufe 0 erhalten 225 €, in der Pflegestufe I steigen die Leistungen um 215 €, in der Pflegestufe II um 150 €.

Damit pflegende Angehörige sich leichter eine „Auszeit“ nehmen können, wird es auch finanzielle Verbesserungen bei der Kurzzeitpflege geben, die einen Heimaufenthalt von maximal vier Wochen vorsieht. Das Pflegegeld wird in diesen Fällen künftig zur Hälfte weitergezahlt. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Einstellung von zusätzlichen Betreuungskräften, die von der Pflegeversicherung bezahlt werden, auf alle stationären Versorgungsformen erstreckt.



Am Dienstag empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel das Prinzenpaar aus Erfurt, Prinzessin Tanja I. und Prinz Jan Helge I.

Weniger arme Kinder in Deutschland

In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Kinder, die von Hartz IV leben müssen, deutlich um 13,5 Prozent gesunken. In Thüringen war der Rückgang mit 21,7 Prozent sogar noch wesentlich stärker. Statt 60.623 leben jetzt nur noch 47.493 Kinder im Freistaat von Hartz IV. Deutschlandweit ist die Zahl von 1,9 Mio. um etwa 257.000 auf knapp 1,64 Mio. gesunken.

Vom aktuellen Aufschwung haben insbesondere Langzeitarbeitslose und Menschen mit geringer Qualifikation profitiert. Weitere Gründe für den Rückgang der Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe ist aber auch der Krippenausbau und eine verstärkte Jobvermittlung für Alleinerziehende. In Haushalten mit Kindern ist die Arbeitslosigkeit stärker zurückgegangen als dort, wo keine Kinder sind. Klar ist: Arbeit ist und bleibt der beste Schutz vor Armut.

KAS-Veranstaltung zu Euro-Krise

Das Bildungswerk Erfurt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veranstaltet am **Donnerstag, 2. Februar 2012, 19.00 Uhr Hotel Thüringer Hof, Karlsplatz 11, 99817 Eisenach** eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum **Thema Euro-Krise und Zukunft Europas**. **Antje Tillmann und Christian Hirte** sowie der Wirtschaftswissenschaftler **Prof. Dr. Andreas Freytag** (Uni Jena) diskutieren. Eintritt frei! Anmeldung per Telefon 0361-654910, Fax 0361-6549111 oder E-Mail kas-erfurt@kas.de

Impressum

Antje Tillmann MdB
antje.tillmann@bundestag.de
Redaktion: Johannes Nehlsen, 27. Januar 2012